

Sperrfrist: 13. Januar 2015, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

**Steigende Risiken -
Verspielt die Politik unsere Zukunftsfähigkeit?**

**Die wirtschaftliche Lage und Perspektive
in Deutschland und für den Großhandel
- Ergebnisse der aktuellen BGA-Großhandelsumfrage -**

Berlin, 13. Januar 2015, 10.30 Uhr
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erwarten im neuen Jahr 2015 keine nennenswerten Zuwächse aber auch keinen konjunkturellen Einbruch. Und zwar gleichermaßen für den Großhandel wie für die Gesamtwirtschaft. Angesichts unseres hohen Wirtschafts- und Wohlstandsniveaus ist das sicher kein Grund zur Panik. Aber ein Mahn- und Weckruf an die Politik hierzulande und in Europa, sich nicht länger auf den Lorbeeren auszuruhen. Denn es wird zukünftig garantiert nicht einfacher, dieses hohe Niveau zu halten und zu sichern. In einigen Krisenländern zeigt sich die Politik hartnäckig unwillig, ihre Gesellschaften so zu reformieren, dass sie in der Globalisierung bestehen können.

Erneute Eintrübung der Stimmung im Großhandel zum Jahresauftakt

Meine Damen und Herren!

Im Großhandel zeichnet sich für 2015 eine weitere Abschwächung ab. Die Unternehmen im Großhandel starten mit gebremster Zuversicht in das neue Jahr. Das global schwierige Umfeld – weltweit schwache Dynamik und geopolitische Risiken – drückt auf die Stimmung und es mangelt an wirtschaftspolitischen Anreizen, damit die Unternehmen in der Summe mehr tun, um das bewährte, weiterhin als gut anzusehende Niveau deutlich zu verbessern.

Die Stimmung hat sich zum Jahreswechsel 2014/15 erneut eingetrübt. Die sich 2013 aufhellende Stimmungslage droht zu kippen.

(Grafik 1)

Der Großhandelsindikator ist zwar nach wie vor auf einem hohen Niveau. Er hat allerdings zum Jahreswechsel deutlich eingebüßt. Er ist um 4 Punkte unter die Linie von 120 Punkten gefallen, wobei Werte über 100 Punkte noch eine grundsätzlich positive Bewertung anzeigen.

(Grafik 2)

Die aktuelle Geschäftslage hat dabei etwas stärker nachgegeben. Sie ist nach einem leichten Anstieg im Sommer 2014 um gut 5 Punkte abgesackt und liegt nun bei 119 Punkten.

Die Geschäftserwartungen haben zum zweiten Mal in Folge nachgegeben. Mit fast 121 Punkten haben sie etwas weniger als 3 Punkte eingebüßt. Geschäftslage und

-erwartung liegen damit nahezu auf gleichem Niveau und deuten auf eine Stagnation im Großhandel hin.

Entscheidend dabei ist, dass die Beurteilung der Umsatzentwicklung bescheidener ausfällt. Kapazitätsauslastung und Auftragseingänge bleiben weitestgehend unverändert. Verhalten zeigt sich auch die Investitionsstimmung im Großhandel, wobei neben weiterhin dominierenden Ersatzinvestitionen zuletzt auch der Anteil an Rationalisierungen wieder angestiegen ist. Auch bei der Beschäftigung gibt es allenfalls noch schwache Anzeichen für einen weiteren Beschäftigungsaufbau.

Die Unternehmen richten sich somit auf eine vor sich hin dümpelnde Konjunktur ein. Sie modernisieren betriebswirtschaftliche Abläufe und Strukturen, ordnen ihre Finanzen und arbeiten daran, ihren Fachkräftebedarf zu sichern, um auf heimischen und internationalen Märkten ihre Position zu festigen.

(Grafik 3)

Konkret erwartet der BGA für 2015 einen nahezu gleich hohen Umsatz wie im abgelaufenen Jahr. 2014 sind die Umsätze nominal gerade einmal um 0,1 Prozent auf 1.134 Milliarden Euro angestiegen und konnten sich nach dem leichten Rückgang 2013 um 1 Prozent somit gerade noch behaupten.

In realer Betrachtung konnte der Großhandel aufgrund gesunkener Preise um 1,2 Prozent höhere Umsätze erwirtschaften. Faktisch bedeutet dies, dass zur Erwirtschaftung des Vorjahresumsatzes mehr Güter und Dienstleistungen verkauft werden mussten. Dieser Trend wird sich nach Einschätzung des BGA 2015 fortsetzen.

Wir gehen davon aus, dass die Umsätze erneut nominal um nur etwa 0,1 Prozent steigen und mit 1.135 Milliarden Euro kaum höher liegen als in den beiden Vorjahren. Dabei dürften wir erneut einen real höheren Umsatz erzielen.

Ursächlich hierfür ist, dass die Dynamik nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit zu schwach bleibt, um signifikante Wachstumsimpulse zu setzen. Auch werden die aktuell bestehenden Risiken nach Einschätzung der Unternehmen fortbestehen und sogar noch zunehmen.

Eine Deflation kann hieraus jedoch nicht abgeleitet werden, da die Tendenz von rückläufigen Preisen nicht auf allen Wirtschaftsstufen und auch nicht bei allen Gütern besteht.

Die bestehenden Kapazitäten reichen vielfach aus, um den Bedarf der Märkte zu decken. Und auch beim Personal signalisieren die Unternehmen im Großhandel, dass sie ihr Leistungsangebot weitgehend mit dem bestehenden Stellenbestand erbringen können. Von einem Beschäftigungsaufbau kann bei einem erwarteten Anstieg von etwa 2.000 auf 1,917 Millionen Erwerbstätige im laufenden Jahr kaum gesprochen werden. Schon 2014 wurden mit 3.000 Menschen bereits nur etwa ein Fünftel so viel eingestellt wie im Vorjahr. Gleichwohl bleibt der Großhandel damit ein wichtiger Beschäftigungsmotor und drittgrößter Arbeitgeber in Deutschland.

Der Binnenkonsum wird in diesem Umfeld weiter stabil bleiben. Auch der Außenhandel bleibt mit einem etwas stärkeren Außenhandelswachstum als 2014 ein wichtiger Erfolgsfaktor. Allerdings gilt es hierbei zu berücksichtigen, dass die Unternehmen des Großhandels die ausländischen Märkte kritischer sehen als in den vergangenen Monaten. Allein das westeuropäische Umfeld, Nordamerika sowie Asien werden als befriedigend eingeschätzt. Insbesondere wird der russische Raum dagegen deutlich kritischer betrachtet. Hierin bildet sich die insgesamt zunehmende Verunsicherung über die Geschäftsentwicklung auf den einzelnen Märkten ab.

In der Bewertung der Märkte in Westeuropa spiegelt sich die starke Vernetzung der deutschen Unternehmen mit diesen Ländern wider. Die Euro-Zone zeigt sich durch die vielfältigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Banken, Finanzmärkte und des Euros sowie durch den in fast allen Ländern – mit Ausnahme von Italien und Frankreich – eingeleiteten konsequenten Konsolidierungs- und Modernisierungskurs wieder etwas stabiler. Doch sehen wir gerade aktuell auch wieder am Beispiel Griechenland, dass die Eurozonenkrise keineswegs gelöst ist.

Der Kurs niedriger Zinsen und des Ankaufs öffentlicher Anleihen der Europäischen Zentralbank ist politisch verständlich, führt jedoch zu neuen ökonomischen Risiken.

Der aktuell schwache Außenwert des Euro unterstützt zwar kurzfristig die Exporte, gerade bei niedrigen Rohölkosten. Doch nützt er unseren europäischen Partnern nur wenig, weil der Abstand zu Deutschland bleibt, nur eben eine Stufe tiefer, und langfristig ist es verheerend für die Wirtschaft, wenn die Finanzmärkte an einer Währung zweifeln.

Frankreich als Handelspartner Nr. 1 und als zweitgrößte Wirtschaftsnation in Europa, sowie Italien als unser Handelspartner Nr. 6 und als viertgrößte Wirtschaftsnation in Europa können auf Dauer nicht so weitermachen wie bisher. Ausgebremste und

verzögerte Reformen schwächen das Vertrauen in die Länder und lassen die Wirtschaftskraft erlahmen, was wir auch verspüren. Dies lässt uns nicht kalt, denn wir brauchen wirtschaftlich starke Partner.

Aufgrund der abgeschwächten Großhandelsentwicklung als Frühindikator für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung rechnet der BGA lediglich mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von höchstens bis zu einem Prozent für 2015. Eine Trendumkehr zu höherem Wachstum vermögen wir bei unverändertem Umfeld nicht zu erkennen.

Mehr Dynamik benötigt Impulse und Stabilität

Meine Damen und Herren,

„Wenig Chancen – viele Risiken“ ist zusammenfassend das aktuelle wirtschaftliche Stimmungsbild, mit dem die Unternehmen im Großhandel der Zukunft entgegen sehen. Dies mag kurz- und mittelfristig für die aktuell gute Wettbewerbsfähigkeit und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ausreichen, für eine langfristige Sicherung genügt dies jedoch nicht.

(Grafik 4)

Steigende Arbeitskosten, hohe Energiekosten, bürokratische Regulierungen, zäher Ausbau der Infrastruktur lähmen Flexibilität und Innovationskraft am Standort Deutschland. Die erreichten Erfolge – wettbewerbsfähige Unternehmen, ausgeglichene Haushalte, hohe Beschäftigung und hohe soziale Standards – stehen auf tönernen Füßen, wenn sie nicht langfristig gesichert werden.

Wir haben daher in unserer Umfrage kurz vor Weihnachten bei den Unternehmen des Großhandels aus einem Pool von 10.000 Unternehmen nicht nur nach der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Perspektiven gefragt, sondern auch nach der Bewertung der Arbeit der Großen Koalition und den für die Unternehmen drängenden Aufgaben und Risiken.

Die Große Koalition konnte in ihrem ersten Regierungsjahr die Unternehmen nicht überzeugen, mehr zu investieren als erforderlich.

(Grafik 5)

Trotz hoher Zustimmung zum konsequenten Festhalten an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Eindämmung der Schulden, dem Engagement zur

Stärkung Europas und der Außen- und Sicherheitspolitik wird die Arbeit gerade einmal mit der Note Drei Minus bewertet.

(Grafik 6)

Wirtschaftspolitisch sind die Unternehmer enttäuscht. Vier von fünf sind davon überzeugt, dass die Große Koalition eine bessere Politik machen könnte und müsste. Insbesondere kritisieren sie die Ausweitung des sozialen Netzes und das Zurückdrehen früherer Reformen, die für mehr Flexibilität der Arbeitsmärkte sorgten.

Die Unternehmer vermissen zudem einen verlässlichen Rahmen. Die Prioritäten liegen dabei nicht auf Steuergeschenken, sondern mit über 40 Prozent in einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen. Staatliche Konjunkturprogramme werden ebenfalls skeptisch gesehen.

Investitionen lassen sich nicht verordnen, zumindest nicht im privaten Sektor. Hier bedarf es positiver Anreize sei es durch Entbürokratisierung, zum Beispiel durch Verkürzung der Aufbewahrungsfristen, durch attraktive steuerliche Regelungen für Investitionen, beispielsweise zur energetischen Gebäudesanierung oder den Erhalt eines mittelstandsfreundlichen Unternehmensübergangs bei der Erbschaftsteuer.

Und: Wirtschaftliche Impulse sind nach Auffassung der Unternehmen des Großhandels auch bei ausgeglichenem Haushalt möglich. Dies sagen drei Viertel der befragten Großhändler.

(Grafik 7)

Der BGA bestärkt die Bundesregierung und die Große Koalition darin, auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene standfest zu bleiben, und Bestrebungen abzuwenden, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch andere Prioritätensetzungen auszuhöhlen. Dann kann 2015 mit einem ausgeglichenen Bundeshaushalt der Grundstein gelegt werden, durch Überschüsse finanzpolitische Spielräume zurück zu gewinnen.

(Grafik 8)

Hiervon ausgehend bestehen für weitere sozialpolitische Wohltaten keine Spielräume. Handlungsbedarf besteht vielmehr darin, Unternehmen zu neuen und mehr Investitionen zu bewegen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die öffentliche Infrastruktur modern und leistungsfähig gestalten. Zwei Drittel der Befragten sehen vor allem im öffentlichen Sektor Investitionsbedarf, wobei der

Schwerpunkt auf dem Ausbau und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur liegt. Mit deutlichem Abstand folgen der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur und die Modernisierung öffentlicher Gebäude.

Vorsicht jedoch vor Mogelpackungen wie die geplante steuerliche Bundesratsinitiative von Hessen, die vorgeblich darauf zielt, Investitionen anzukurbeln. Die Einführung einer auf zwei Jahre befristeten degressiven Abschreibung bei Abschaffung der Warenavaratsbewertung nach dem Grundsatz „Last in – First out“ ist insbesondere für den Großhandel kein überzeugendes Angebot, mehr zu investieren, sondern würde für unsere Betriebe eine massive Steuererhöhung bedeuten.

Wirtschaftspolitische Prioritäten strategisch stärken

Meine Damen und Herren,

die Strategie, in einer guten wirtschaftlichen Phase die Haushalte zu konsolidieren befürworten die Unternehmer unisono. Die erreichten Erfolge aus dem Aufholprozess der Nachkrisenzeit gilt es nun zu sichern.

Wir brauchen Signale, die Unternehmen im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld dazu anstoßen, Investitionen in Technologien, Maschinen und Anlagen auszuweiten, anstatt sich darauf zu konzentrieren, wie bei einem wieder zu erreichenden Umsatzvolumen und angestrebter Rendite ein steigender Kostendruck durch mehr Effizienz und Rationalisierung kompensiert werden kann.

Es ist Aufgabe der Politik, den wirtschaftlichen Rahmen so zu gestalten, dass mehr Investitionen angeschoben werden, die sich auch langfristig rechnen, damit unser umfänglicher und kostenintensiver Sozialstaat finanzierbar bleibt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!